

WERTE - ZIELVORGABEN FÜR LINKES HANDELN



Inhalt

Einleitung	3
1. Von den Grundwerten der französischen Revolution zu den Grundwerten der Sozialdemokratie Willy Spieler †	4
2. Die Grundwerte der europäischen Menschenrechtskonvention der SP in den 1970-er und 1980-er Jahren Daniel Jositsch	8
3. Die Menschenrechte in der Sozialcharta Silvia Staub-Bernasconi	10
4. Machiavelli regiert - um der politischen Sache zu dienen, ethische Spuren verlassen? Moritz Leuenberger	14
5. Wichtige Werte im Alter: verändern/entwickeln sich Werthaltungen im Lauf des Lebens? Leni Altwegg	16
6. Gibt es Unterschiede in linken Wertvorstellungen zwischen Mann und Frau? Marie-Louise Ries und Markus Brandenberger	18
7. Eine Internetpolitik auf der Basis sozialdemokratischer Werte - Wir gestalten das digitale Zeitalter mit Edith Graf-Lischer	22
8. ... Tun wir das Sinnvolle Selbstbestimmung und Selbstverantwortung – Versuch einer Abgrenzung Daniel Frei	24
Literatur	26
Autorinnen und Autoren	26
Redaktion	27
Impressum	27

**Zwischentexte von Genossinnen und Genossen zur Frage:
Wie lebe ich linke Werte im Alltag?**

EINLEITUNG

Wir beschäftigen uns in der SP mit Wahlen, Abstimmungen und politischen Tagesgeschäften. Eher selten nehmen wir uns Zeit, um über Werte nachzudenken, die den Bewegungskarakter unserer Partei ausmachen und uns zu politischem Handeln führen.

Nach aufwändigem Engagement für einen Abstimmungs- oder Wahlkampf fragen wir uns höchstens, was wir ein andermal besser machen könnten. Dabei ist linke Politik undenkbar ohne einen Konsens über Grundwerte, an denen sich politisches Handeln orientieren kann. Das hat die Arbeitsgemeinschaft Alter - neu SP60+ Kanton Zürich - dazu geführt zu überlegen, was für Werte uns politisch motivieren, und hat uns dazu gebracht, Aussagen über Grundwerte sozialdemokratischen Handelns zusammen zu stellen. So ist die vorliegende Broschüre entstanden.

Es war sofort klar, das jahrelange «ethische Gewissen» der SP Zürich, den Sozialethiker Willy Spieler, zu fragen, den Grundsatzartikel zu schreiben. Obschon bereits krank, hat er sofort zugesagt, Gedanken über den Weg von den Werten der französischen Revolution zur Sozialdemokratie aufzuzeigen.

Wenige Wochen vor seinem Tod haben wir den Text mit ihm bereinigt. Sein wertvoller und überzeugender Beitrag ist für uns Vermächtnis.

Drohungen der Rechten, die Schweiz solle die Menschenrechtskonvention aufkünden, haben die Themenwahl sowie die Wahl der Autorinnen und Autoren entscheidend beeinflusst.

So weist Daniel Jositsch darauf hin, wie Grund- und Menschenrechte durch die Menschenrechtskonvention in Europa geschützt werden.

Silvia Staub-Bernasconi vertritt in ihrem überzeugenden Beitrag die sozialen Rechte, die in der Sozialcharta festgehalten sind, und ruft die Beziehung und den Nachholbedarf der Schweiz ins Bewusstsein.

Wie variabel die Grenzen zwischen Landesinteressen und Ethik sein können, zeigt Moritz Leuenberger auf. Sein Beitrag führt bestimmt zu spannenden Gesprächen.

Persönlich ist der Text von Leni Altwegg, sie schreibt über Werte im Alter. Die Beiträge von Marie-Louise Ries und Markus Brandenberger beleuchten Wertvorstellungen aus weiblicher und männlicher Sicht.

Einen Schritt in den praktischen SP-Alltag macht Edith Lischer-Graf mit dem Versuch, sozialdemokratische Werte in der Internetpolitik umzusetzen. An diesem Thema hat eine Gruppe ein Jahr lang gearbeitet. Entstanden ist ein Papier, das die Delegiertenversammlung der SP Schweiz verabschiedet hat.

Schliesslich fragt Daniel Frei nach sinnvollem Handeln und sucht bei Werten nach Grenzen und Gegenpolen sowie nach der Abgrenzung zwischen Selbstbestimmung und Selbstverantwortung.

Die Umsetzung von linken Werten in die alltägliche Lebenspraxis ist nicht einfach und geschieht individuell. In grau unterlegten Zwischentexten antworten sieben Genossinnen und Genossen auf die Frage: Wie lebe ich linke Werte im Alltag? Alle haben es - zu unserer grossen Freude - spontan auf sich genommen, Antworten aus ihrer Lebens- und Arbeitssituation zu formulieren.

Die Arbeitsgemeinschaft Alter dankt den Autorinnen und Autoren herzlich für ihre Beiträge. Alle Angefragten haben ihre Mitwirkung rasch und spontan zugesagt. Bei der praktischen Umsetzung konnten wir auf die kompetente Unterstützung des Sekretariats der SP Zürich zählen – auch dafür danken wir sehr.

Wir hoffen, dass der bunte Strauss von Textbeiträgen, zu lebhaften, manchmal auch kontroversen Diskussionen, zum Beispiel in SP Sektionen und zum persönlichen Nachdenken anregt. Werte wandeln sich letztlich nicht, doch ihre Interpretation und Umsetzung passt sich dem Zeitgeist an.

Marianne de Mestral

1. VON DEN GRUNDWERTEN DER FRANZÖSISCHEN REVOLUTION ZU DEN GRUNDWERTEN DER SOZIALDEMOKRATIE

Willy Spieler †

Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität sind die Grundwerte der Sozialdemokratie, wie sie auch im Parteiprogramm 2010 der SP Schweiz deklariert werden. Diese Werte sind nicht neu, sondern stehen in der Tradition der «Trikolorewerte» der Französischen Revolution «liberté, égalité, fraternité». Sie drücken politische Überzeugungen aus, die das Handeln in Staat und Gesellschaft begründen.

Diese Grundwerte sind nicht spezifisch «links»; sie haben nicht nur eine bürgerliche Herkunft, sondern sie werden bis weit ins politische Bürgertum geteilt. Die Kritik, dass es sich demnach um Leerformeln handle, liegt nahe und trifft dennoch nicht zu. Grundwerte sind so abstrakt, dass sie sich einerseits dem Links-Rechts-Schema entziehen und andererseits «Links» und «Rechts» zu einem losen Grundkonsens vereinigen können. Die Gegenprobe zeigt sich am Beispiel neokonservativer und neoliberaler Positionen, die diesen Konsens mit konkurrierenden Wertvorstellungen unterlaufen, sei es mit «Abendland», «Nation» oder «unabhängiger und neutraler Schweiz», sei es mit «Marktwirtschaft ohne Adjektive» beziehungsweise Profitmaximierung in der Dreieinigkeit von Deregulierung-Liberalisierung-Privatisierung.

Sozialdemokratisch werden die Grundwerte durch den Prozess ihrer Konkretisierung, die sich an den Grundbedürfnissen der Menschen und deren Kontrasterfahrungen mit Abhängigkeit, Unterdrückung und Gewalt sowie mit Raubbau an natürlichen Ressourcen und mit Naturzerstörung orientiert. Dass der Blick von unten diesen Kontrast schärfer wahrnimmt als der Blick von oben, ist eine Binsenwahrheit, die am Anfang einer unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Konkretisierung der Grundwerte steht.

Freiheit

So ist «Freiheit» ein derart umstrittener und immer mehr von neoliberaler Seite besetzter Grundwert, dass die Sozialdemokratie meint, ihm gegenüber die «Gerechtigkeit» betonen zu müssen. Doch die Arbeiterbewegung hat sich in ihrer Vergangenheit

noch stets als Befreiungsbewegung verstanden. Während der Wirtschaftsliberalismus die nur materiellen Freiheiten des ökonomischen Habens (Eigentumsfreiheit) und Tuns (Wirtschaftsfreiheit) betont, stellt die Sozialdemokratie die ideellen und politischen Freiheiten (Gewissens-, Religions-, Meinungsäusserungs-, Presse-, Versammlungs-, Vereinigungsfreiheit, Stimm- und Wahlrecht) in den Vordergrund

Im bürgerlichen Rechtssystem der Schweiz triumphieren z.B. Eigentums- und Wirtschaftsfreiheit über die Meinungsfreiheit der Angestellten und ihrer gewerkschaftlichen Vertreter, die keinen effektiven Schutz gegen politische Kündigungen geniessen. Selbst die politische Willensbildung wird durch ökonomische Abhängigkeiten massiv verfälscht, zumal diese Abhängigkeiten jeder Transparenz entbehren. Die materiellen Freiheiten des Handels und des Gewerbes stehen auch über der Pressefreiheit, wenn es um Inserateboykotte oder um die Entlassung politisch missliebiger Redaktorinnen und Redaktoren geht. Postulat geblieben ist Marx' berühmtes Zitat: «Die erste Freiheit der Presse besteht darin, kein Gewerbe zu sein.»

Selbst die «vier Freiheiten» der EU entsprechen den Anforderungen des Binnenmarktes für den Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr und sind insofern materielle Freiheiten. Dagegen erinnert sich eine ältere Generation vielleicht noch an andere «vier Freiheiten», die der US-amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt in seiner State of the Union-Botschaft 1941 vertrat: 1. Freiheit der Rede und des Ausdrucks; 2. Freiheit, Gott auf seine Weise zu verehren; 3. Freiheit von Not, die, «weltweit gesehen, wirtschaftliche Verständigung» bedeute und «jeder Nation gesunde Friedensverhältnisse» gewähre; 4. Freiheit von Furcht, die, «weltweit gesehen, eine globale Abrüstung» fordere, «bis kein Staat mehr in der Lage» sei, «seinen Nachbarn mit Waffengewalt anzugreifen».

Die Verhältnisse haben sich, «weltweit gesehen», nie so entwickelt, weshalb der grosse US-amerikanische Kapitalismuskritiker Noam Chomsky in

seinen Vorlesungen in Managua 1986 eine ebenso reale wie zynische 5. Freiheit hinzufügte: die Freiheit zu Raub und Ausbeutung der 3. Welt. Die öko-feministische Soziologin Maria Mies nannte diese 5. Freiheit auch die «Lizenz zum Plündern». Internationale Freihandelsabkommen kommen dieser «Lizenz» nahe, wenn sie den Investorenschutz über alles stellen, es privaten Unternehmen sogar ermöglichen, Staaten vor privaten Schiedsgerichten zu verklagen, um Profitinteressen gegen Umweltsetze oder den Service public durchzusetzen

Dennoch wären die Eigentums- und die Wirtschaftsfreiheit nicht einfach aufzuheben, sondern in echte Grundrechte überzuführen. Als Privilegien einer Minderheit von Kapitaleignern, Managerinnen und Selbständigerwerbenden fehlt ihnen das Wesensmerkmal eines Grundrechts: die Verallgemeinerungsfähigkeit. So müsste die Eigentumsfreiheit, um ein Grundrecht zu sein oder zu werden, alle Menschen in die Lage versetzen, Vermögenswerte zu besitzen, um eine ökonomische Basis für Selbstverwirklichung und Unabhängigkeit zu erlangen. Dabei ist Eigentum nicht gleich Eigentum. Gebrauchseigentum stützt die persönliche Freiheit, wie schon die alten SP-Programme wussten. Analog wie die Eigentumsfreiheit wäre auch die Wirtschaftsfreiheit aus dem heutigen Privileg der an Produktionsmitteleigentum Beteiligten und der Selbständigerwerbenden in ein Freiheitsrecht für alle arbeitenden Menschen umzuwandeln. Sie an der Wirtschaftsfreiheit beteiligen aber hiesse, ihnen eine wirtschaftliche Mitbestimmung auf allen Ebenen der Betriebe und Unternehmungen einzuräumen. Die ältere Generation erinnert sich an die Mitbestimmungsinitiative 1976. Wäre sie angenommen und umgesetzt worden, die Schweiz zeigte sich heute als ein anderes, ein demokratischeres Land.

Gerechtigkeit

Was ist Gerechtigkeit? Der Urvater des Neoliberalismus, Friedrich A. von Hayek, wollte nichts von diesem Grundwert wissen und tat ihn ab als «Schlagwort des Sozialismus». Wenn der Markt alles ist, gibt es keine Werte, die ihn einschränken. Hayeks Gefolgsleute machen sich einen Wertrelativismus zunutze, der Zweifel an einem verbindlichen Begriff der Gerechtigkeit schürt.

Am Anfang des Gerechtigkeitsdiskurses steht aber wieder eine Kontrasterfahrung. «So weiss zwar

niemand, was Gerechtigkeit bedeutet, aber was Ungerechtigkeit ausmacht, das wissen alle. [...] Gerechtigkeit ist das Verständnis, das aus der andauernden Anstrengung entsteht, Ungerechtigkeit zu überwinden.» Diese anschauliche Formulierung im Report Fair Future des Wuppertal Instituts bildet den Kern jeder sozialdemokratischen Reflexion und Praxis, diese verstanden als Lernprozess, in dem die Vorstellung von Gerechtigkeit immer konkretere Konturen annimmt.

Eine frühe Kontrasterfahrung stiess sich ausge-rechnet an der «égalité» der Französischen Revolution. Als Gleichheit vor dem Gesetz hatte diese «égalité» sehr ungleiche Konsequenzen: «Das Gesetz in seiner majestätischen Gleichheit verbietet den Reichen wie den Armen, unter den Brücken zu schlafen, auf den Strassen zu betteln und Brot zu stehlen«, lautete die treffende Kritik des französischen Schriftstellers Anatole France gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Darum begann die Arbeiterbewegung ihre eigenen Menschenrechte zu reklamieren: die sozialen Grundrechte auf Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Bildung, Existenzsicherung. Sie beinhalten, wie der Politikwissenschaftler Thomas Meyer sagt, das aus den Freiheitsrechten abgeleitete «Grundrecht auf die sozialen Mittel ihrer Verwirklichung».

Warum Gerechtigkeit, warum nicht Gleichheit? Die Antwort auf diese Frage hängt davon ab, was unter Gerechtigkeit und Gleichheit zu verstehen ist. Wenn Gerechtigkeit jedem das Seine und jeder das Ihre zuspricht, dann ist sie interpretierbar im Sinne der Marxschen Devise: «Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!» Gleichheit hiesse dann aber nicht gleichmacherische Einerleiheit, sondern die gleiche Chance für alle, sich in ihrer sehr ungleichen Individualität an Fähigkeiten und Bedürfnissen zu verwirklichen. Der Weg zur Gleichheit führt über den Ausgleich ungleicher Startbedingungen.

Diese Chancengleichheit wird heute selbst innerhalb der Sozialdemokratie gegen Ergebnisgleichheit ausgespielt. So hat das Schröder-Blair-Papier 1999 der alten Sozialdemokratie vorgeworfen, sie habe «die Förderung der sozialen Gerechtigkeit manchmal mit der Forderung nach Gleichheit im Ergebnis verwechselt». Diese Kritik ist schon in der Sache fragwürdig. Jedes soziale Grundrecht hat seine eigene Spezifität im Gleichheitsdiskurs. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit zum Beispiel meint

wirklich Ergebnisgleichheit, wenn auch bezogen auf die gleiche Entlohnung gleicher oder vergleichbarer Arbeit. Beim Recht auf bestmögliche Gesundheit ist die Kopfprämie der Krankenversicherung für Arm und Reich «ergebnisgleich» und gerade deshalb zutiefst ungerecht. Ergebnisgleichheit braucht es dagegen bei der medizinischen und pflegerischen Versorgung. Jede Ungleichheit führt hier zur Zweiklassenmedizin, die teure, aber notwendige Leistungen nur den Reichen vorbehält. Rationierungskriterien wie Alter oder ökonomischer Nutzen als «Arbeitskraft» gehören in die Veterinärmedizin. Bei einer Kuh kann man sich allenfalls fragen, wie viel Milch sie noch geben wird.

Gerechtigkeit sollte nicht zuletzt als Beteiligungsgerechtigkeit verstanden werden. Es geht nicht nur um Chancengleichheit, es geht auch um Teilhabe an den natürlichen Ressourcen und an gesellschaftlich erarbeitetem Kapital sowie um Teilnahme an Entscheidungen, die für die Existenz heutiger und kommender Generationen von Bedeutung sind. Das Parteiprogramm 2010 der SP Schweiz betont die Neuverteilung gesellschaftlicher Verfügungsmacht, die im Fall von «eine Person – eine Stimme» dem Ideal der Gleichheit entspricht. Marx hat der alten Sozialdemokratie in seiner Kritik am Gothaer Programm der SPD 1875 vorgeworfen, dass sie auf die «Verteilung der Konsumtionsmittel» statt auf die «Verteilung der Produktionsbedingungen» ziele. Sozialismus hiess für ihn, dass «die sachlichen Produktionsbedingungen genossenschaftliches Eigentum der Arbeiter selbst» sind. Daran wäre anzuknüpfen

Solidarität

Die «fraternité» wurde zur Solidarität und bedeutet, dass der Kampf um die Grundwerte vorrangig für unterprivilegierte Frauen, Männer und Kinder zu führen sei, denen Grundwerte vorenthalten werden – und das weltweit; schliesslich hat sich der demokratische Sozialismus noch stets als «Internationale» verstanden. Die «fraternité», die wir heute mit «Solidarität» übersetzen, ist kein eigentlicher Grundwert, aber deshalb nicht weniger wichtig, denn sie appelliert an diese Pflicht, die Grundwerte für alle, statt für wenige zu reklamieren.

Solidarität ermächtigt Menschen zur Partizipation auf allen Ebenen von der Völkergemeinschaft bis zu den kleinsten Zellen des Zusammenlebens. Antoine de Saint-Exupéry hat diese Partizipation aus

der Würde des Menschen hergeleitet und in die Worte gefasst: «Que suis-je, si je ne participe pas? J'ai besoin, pour être, de participer.»

Solidarität scheut nicht die Anstrengung des Begriffs von Grundwerten, die immer nur in Annäherungen zu erkennen und zu verwirklichen sind. Das real Mögliche setzt ihrer Verwirklichung Grenzen. Was aber das real Mögliche ist, wissen wir erst, wenn wir das Unmögliche wagen. Angesichts des heutigen Antiutopismus und seichten Pragmatismus mag es nützlich sein, auf den grossen deutschen Soziologen Max Weber (1864–1920) hinzuweisen. Dieser schreibt in seiner berühmten Abhandlung über die «Wertfreiheit in den Sozialwissenschaften»: «Es ist – richtig verstanden – zutreffend, dass eine erfolgreiche Politik stets die «Kunst des Möglichen» ist. Nicht minder richtig aber ist, dass das Mögliche sehr oft nur dadurch erreicht wurde, dass man nach dem jenseits seiner liegenden Unmöglichen griff.»

Grundwerte sind kein «Endziel», sondern geben eine Zielrichtung vor. Saint-Exupéry sagt es einmal mehr in seiner poetischen Sprache: «Wenn Du ein Schiff bauen willst, dann trommle nicht Leute zusammen, um Holz zu beschaffen und die Arbeit zu verteilen, sondern lehre sie die Sehnsucht nach dem weiten endlosen Meer.»

Es ist die aus Grundwerten genährte Vision einer humanen und demokratischen Gesellschaft, die Generationen von SP-Mitgliedern motiviert, ja begeistert hat. Es geht dabei um die «Seele» der Partei, oder um das, was Ernst Bloch den «Wärmestrom» in der Arbeiterbewegung nannte. Was hält Leute mit verschiedenen Interessen in einer grossen linken Volkspartei zusammen: Frauen und Männer, Jusos und Asos (SP60+), Staatsangestellte und KMUler, Gutverdienende und Armutsbetroffene, Selbständigerwerbende und Gewerkschafterinnen, Inländer mit und Inländerinnen ohne Schweizerpass – wenn nicht die Vision einer anderen, besseren Welt?

Der Wert von Werten im sozialdemokratischen Alltag?

Im Alltag stellt sich immer wieder die Frage nach dem Wert der (grossen) Werte. Was fange ich mit den Werten aus der französischen Revolution «liberté, égalité, solidarité» im täglichen Handeln und Reflektieren an? Was meint Freiheit, wenn sie sich häufig darauf beschränkt, zwischen verschiedenen schlechten Optionen zu wählen, da die vermeintlich guten Optionen gar nicht zur Disposition stehen? Zum Beispiel Lebensmittel, die sich der globalen Ernährungssouveränität kaum mit dem einzelnen bewussten lokalen Einkauf annähern können.

Wie soll Gerechtigkeit erreicht werden, wenn sie seit Jahrhunderten immer wieder und überall mit Gewalt und Rhetorik unterdrückt wird? Beispiel Klimawandel, wo Nutzen und Gefahren einer rücksichtslosen Ausbeutung der Mitwelt global sehr ungleich verteilt sind und die vermeintlichen Privilegien wohl bis zum Abgrund als «gerecht» verteidigt werden? Welchen Beitrag zur Solidarität (international und für kommende Generationen) kann realistisch im Alltag geleistet werden, wenn vieles von der eigenen Position im sozialen Raum abhängt, auch wenn Ausnahmen davon möglich sind? Beispiel: Zukunftsfähige Migrationspolitik, welche eigentlich eine Chance für das „globale Dorf“ sein könnte, welche aus politischen und ökonomischen Gründen aber zum Spielball der verschiedenen Interessen gemacht wird. Für mich erhalten (kleinere) Werte aus der Care-Ökonomie oder der «vier in einem Perspektive» (Frigga Haug) mehr Anregungen, um mit den Widersprüchen einer «revolutionären Realpolitik» (Rosa Luxemburg) im Alltag «trotz allem» umgehen zu können.

Roland Baur

2. DIE MENSCHENRECHTE IN DER EUROPÄISCHEN MENSCHENRECHTS-KONVENTION

Daniel Jositsch

Der Weg zum Frauenstimmrecht war in der Schweiz, wie wir wissen, lang und unrühmlich. Die Schweiz war eines der letzten Länder in Europa, das dieses Grundrecht akzeptiert hat. Der Druck der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) hat dabei eine wichtige Rolle gespielt. Anhand dieses Beispiels zeigt sich, wie wichtig die EMRK für den Schutz der Grund- und Menschenrechte in Europa ist.

Das Menschenrechtssystem der EMRK wurde auf den Trümmern des 2. Weltkriegs erbaut. Vorher waren die Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich ihren eigenen Staaten auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Wenn der eigene Staat respektiv dessen Rechtsordnung nicht in der Lage oder willens waren, die Bürger und Bürgerinnen in ihren Rechten zu schützen, dann konnten sich diese nicht dagegen zur Wehr setzen.

Das führte zum Beispiel dazu, dass in der Reichskristallnacht oder Reichspogromnacht vor 78 Jahren ein gewaltbereiter Mob im ganzen deutschen Reich Übergriffe auf die jüdische Bevölkerung üben konnte, ohne dass die staatlichen Stellen eingegriffen hätten und ohne dass sich die jüdischen Opfer zur Wehr setzen konnten. Deshalb war eine der wichtigsten Einsichten nach dem 2. Weltkrieg, dass die Menschen eines Schutzmechanismus bedürfen, der über dem Einfluss des Nationalstaates gewährleistet werden kann.

Entsprechend wurden die wesentlichsten Grund- und Menschenrechte in einer Konvention, der EMRK, festgehalten, die mittlerweile weitgehend alle europäischen Staaten akzeptiert haben. Kritiker behaupten, dass die in der EMRK festgehaltenen Rechte weitgehend auch in der Bundesverfassung verankert sind. Das ist durchaus richtig.

Aber das Wesentliche der EMRK ist nicht der Katalog der gewährleisteten Rechte, sondern eben, dass sie in einem überstaatlichen Mechanismus gewährleistet werden. Die EMRK enthält nämlich einen Durchsetzungsmechanismus, der es jedem Menschen erlaubt, auch gegen seinen Staat seine Rechte einzufordern. Wenn also der schweizerische

Gesetzgeber ein Gesetz erlässt, das die Menschenrechte verletzt, so kann eine betroffene Person sich dagegen zur Wehr setzen und in Strassburg am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) klagen. Das ist gerade in der Schweiz von zentraler Bedeutung, denn in unserem Land gibt es kein Verfassungsgericht, das den Gesetzgeber überprüfen könnte.

Wenn das Parlament also ein Gesetz erlässt, welches die Bundesverfassung missachtet, so kann dies im Inland nur durch ein Referendum, also auf politischem Weg, bekämpft werden. Ein juristisches Mittel gegen ein solches Gesetz gibt es jedoch nicht. Eine Klage beim EGMR wäre also der einzige Weg, um ein solches verfassungswidriges Gesetz zu bekämpfen.

Es gibt Kritiker, die behaupten, dass das in der Schweiz gar nicht nötig sei. Es sei an das Beispiel der Einführung des Frauenstimmrechts erinnert. Oder erinnern wir uns daran, dass bis zur Revision des Eherechts eine verheiratete Frau nur dann einen Vertrag unterschreiben durfte, wenn der Ehemann zugestimmt hat. Auch das ist noch nicht so lange her und zeigt, dass auch in der Schweiz der Gesetzgeber zu manchen Untaten in der Lage ist. Wer behauptet, dass das alles Beispiele aus der Vergangenheit seien, muss sich vorhalten lassen, dass die aktuell geltende Weigerung der Schweiz, gleichgeschlechtlichen Paaren das verfassungsmässige Recht auf Ehe zu gewähren, kaum als etwas Anderes als ein Verfassungsverstoss interpretiert werden kann, der vom Gesetzgeber geduldet wird.

Die EMRK ist also nichts anderes als eine Art menschenrechtstechnischer Rettungsring, der zum Einsatz kommt, wenn der Nationalstaat versagt. Dass das auch heute noch notwendig ist, zeigt ein Blick in die Praxis des EGMR.

Die aktuelle Volksinitiative der SVP, die diesen Schutzmechanismus in Frage stellt, ist daher in höchstem Masse schädlich. Würde sie eine Mehrheit finden, dann würde das dazu führen, dass den Menschen in unserem Land ein wesentliches Ele-

ment des Menschenrechtsschutzes genommen würde. Das gilt es unbedingt zu verhindern. Der einzige Staat, der je aus der EMRK ausgetreten ist, war Griechenland unter der Militärdiktatur. Denn Diktaturen lieben es nicht, wenn ihre Bürgerinnen und Bürger sich ausserhalb ihres Einflussbereichs gegen sie zur Wehr setzen können. Die Schweiz aber hat so etwas nicht nötig.

Wie lebe ich linke Werte im Alltag?

Eine gerechtere Gesellschaft kann nicht allein durch staatliches Handeln aufgebaut werden; der Einsatz der einzelnen Menschen ist genauso wichtig und oft auch Voraussetzung, damit Fortschritte in der Politik überhaupt möglich sind. Das Leben von sozialdemokratischen Werten im Alltag bedeutet für mich, dem Grundsatz bewusst zu sein, dass die Freiheit des Einzelnen dort aufhört, wo die Freiheit des Anderen beginnt. Daher versuche ich neben meinem politischen Engagement auch mein tägliches Leben, etwa meinen Konsum, möglichst sozial und ökologisch nachhaltig auszurichten.

Benjamin Sourlier

3. DIE MENSCHENRECHTE IN DER SOZIALCHARTA

Silvia Staub-Bernasconi

Die Ausgangslage

Die Europäische Sozialcharta (ESC) ist ein vom Europarat initiiertes und 1961 von einer Mehrheit seiner Mitglieder beschlossenes, 1965 in Kraft getretenes, völkerrechtlich verbindliches Abkommen, das der Bevölkerung innerhalb der Unterzeichnerstaaten soziale Rechte garantiert. Eine revidierte, seither gültige Fassung von 1996, trat 1999 in Kraft. Die Sozialcharta fordert im 1. Artikel: «Jedermann muss die Möglichkeit haben, seinen Lebensunterhalt durch eine frei übernommene Tätigkeit zu verdienen.» Des weitern geht es um das Recht auf ein angemessenes Arbeitsentgelt, das den Arbeitenden und ihren Familien einen angemessenen Lebensstandard sichert; das Recht auf Berufsausbildung, Wohnung, auf sichere, gesunde und gerechte Arbeitsbedingungen, auf soziale Sicherheit, Fürsorge und soziale Dienste; ferner auf freie Vereinigungen und Kollektivverhandlungen sowie auf Unterrichtung und Anhörung im Unternehmen und bei Massenentlassungen; auf Schutz gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Dazu kommen besondere Schutzrechte für ArbeitnehmerInnen, Kinder, Jugendliche, MigrantInnen, Menschen mit Behinderung, Mütter und Familien.

Die Schweiz hat die erste Sozialcharta unterzeichnet, aber nicht ratifiziert, die revidierte von 1996 weder unterzeichnet noch ratifiziert. Letzteres trifft auch für Liechtenstein, San Marino und Monaco zu.

Geht es der Bevölkerung der Schweiz so gut, dass sie auf die Ratifizierung der Europäischen Sozialcharta verzichten kann?

Auch wenn im Hinblick auf die Schweiz - im Unterschied zu vielen Regionen der Weltgesellschaft - kaum von extremer Armut gesprochen werden kann, gibt es sehr wohl verschämt-versteckte Armut. Man geht davon aus, dass ein hoher Prozentsatz von Sozialhilfeberechtigten sich gar nicht bei der Sozialhilfe melden. Dieser dürfte noch grösser geworden sein, seitdem, zusammen mit dem Antrag bzw. Recht auf Fürsorge (Art. 13) in bestimmten Kantonen eine schriftliche Einwilligung zum Einzug von Informationen über die menschen-

rechtlich geschützte Privatsphäre gegeben werden muss (ein Verstoss gegen Art. 12 der Allgemeinen Menschenrechtserklärung von 1948). Dazu kommen Asylsuchende, die unter dem Existenzminimum leben, sowie eine grosse Anzahl arbeitender Armer, deren Einkommen für sie und ihre Familie nicht ausreicht, um die Befriedigung ihrer existenziellen Bedürfnisse zu gewährleisten. Der Pflege- notstand im Alter wird im Schattenarbeitsmarkt von Care-ArbeiterInnen gemildert, die der Willkür ihrer ArbeitgeberInnen ausgeliefert sind.

Das, was seit etwa 1990 als «Flexibilisierung des Arbeitsmarktes», neu als «dynamisch flüchtige Arbeitsverhältnisse» bezeichnet wird, hat auch bei relativ niedrigen Erwerbslosenzahlen immer mehr «Arbeitsnomaden» geschaffen, die von einem befristeten, alterssicherungsbezogenen prekären Arbeitsplatz zum andern «wandern» und froh sein müssen, irgendwelche Arbeit anzunehmen. Die Erwerbsgeneration der 60er bis Ende der 80er Jahre muss bei ihren (Enkel)Kindern zusehen, wie das auf Bildungs- und Aufstiegschancen beruhende Versprechen einer modernen, freiheitlichen Gesellschaft in Bezug auf einen ihren Qualifikationen entsprechenden, sicheren Arbeitsplatz mit leistungsgerechter Entlohnung mehr und mehr zerbröckelt. Und dies alles findet in einem gesellschaftlichen Umfeld statt, in welchem auch nach der Finanz- und Eurokrise die Einkommens-, Vermögensunterschiede sowie Boni weiterhin zunehmen und gleichzeitig die Budgets der Staatshaushalte zusammengestrichen werden. Einmal müssen die «Überalterung der Gesellschaft» und die zunehmenden Pflege- und Krankheitslasten, ein andermal medial hochgespielte Einzelfälle von Sozialhilfemissbrauch, ein weiteres Mal die Mehrausgaben für Asylsuchende, Terrorbekämpfung oder die fehlende Effizienz von staatlichen Dienst- und Verwaltungsleistungen usw. für die Legitimation der Sparpolitik erhalten.

Es geht vielen Menschen offenbar so gut, dass sie sich ein Leben in finanzieller Not und Dauerangst vor Arbeitsplatz- und Wohnungsverlust, Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt aufgrund von Diskriminierung und Rassismus, aber auch vor einer sozial und ökonomisch ungesicherten Altersphase mit

explodierenden, individuellen Gesundheitskosten gar nicht vorstellen können! Für sie ist noch so viel «Luft» in den Staatsfinanzen, dass man sie ohne irgendwelche Skrupel einem Spardiktat unterwerfen kann. Und noch weniger ist ihnen - im Unterschied zu den «Wirtschaftsflüchtlingen» - der Zusammenhang zwischen der Befreiung von täglichen Sorgen eines perspektivlosen Lebens knapp am oder unter dem Existenzminimum und real einlösbarer und gelebter Freiheit bewusst. Diese fehlende Empathie in einem der reichsten Länder der Weltgesellschaft dürfte auch ein Grund für die bis heute nicht ratifizierte Europäische Sozialcharta sein.

Warum eigentlich Spardiktate, wenn es doch Geld im Überfluss gibt?

Was bei all diesen Themen und den politischen Kontroversen darüber unberücksichtigt bleibt, ist folgendes: Die meisten genannten sozialen Problematiken und deren Unterfinanzierung sind die Folge einer mehrheitlich unbemerkten und von den entsprechenden Interessengruppen auch verschwiegenen Entwicklung des Wirtschaftssystems. Gemeint ist die Verselbständigung der Finanzindustrie und des internationalen Grossbankensystems als Teilsystem der Wirtschaft, das die Realwirtschaft - miteingeschlossen das wirtschaftlich produktive Einzelgewerbe, die Kleinunternehmen (KMUs) - in hohem Masse beherrscht. Im abgekoppelten, weltweiten Finanzsystem geht es nicht primär um die Finanzierung der Produktion von Waren für den Bedarf von Menschen, sondern darum, aus Geld mehr Geld zu machen. Ermöglicht wurde diese Geldvermehrung vor allem durch die Entwicklung von Wetten auf Derivate, deren Komplexität weder die Angestellten noch die Aktionäre durchschauen können. Und dieses Geld zirkuliert und verbleibt mehrheitlich im Finanzsystem. Eine jüngste Bankenwerbung empfiehlt nun auch den Anlegern, alte und neuartige Wetten zu schliessen, wodurch sie in das riskante Spiel eingebunden werden.

Um zu verstehen, weshalb diese Entwicklung möglich wurde, muss man die Ausdehnung des verfassungsrechtlichen Eigentumsbegriffs (Art. 26 der Bundesverfassung: Das Eigentum ist gewährleistet), der ursprünglich an Personen und Personenvereinigungen gebunden war - auf Korporationen bzw. Grosskonzerne zur Kenntnis nehmen. Letztere wurden im Rechtssystem - gewissermassen unter der Hand - zu «juristischen Personen», die mit den gleichen Rechten wie die «natürlichen Personen»

ausgestattet sind. Das zentrale Problem besteht darin, dass der ursprüngliche Zusammenhang zwischen dem Eigentümer (dem klassischen Unternehmer) und der Verfügungsmacht über das Produktivvermögen auseinanderdividiert wurde. Das Eigentumsrecht stärkt hier nicht das Individuum und seine persönliche Freiheit, wie viele BürgerInnen bis heute annehmen. Es führt vielmehr, aufgebaut und unterstützt durch eine neue, nach wie vor wachsende Managementklasse, zur organisationalen Kapital- und damit Machtkonzentration und diese wiederum zur Kartellbildung zwecks Machterhalt, beispielsweise durch Preisabsprachen. Zahlenmässig ist auf der Ebene der mittleren und Kleinunternehmen die «Eigentümer-Firma» immer noch stark vertreten, doch der Einfluss der grossen Unternehmen, die zusätzlich ihr eigenes Rechts- und Streitschlichtungssystem ohne jede demokratische Kontrolle geschaffen haben, ist heute enorm.

Wie wäre also das zu finanzieren, was die Europäische Sozialcharta als Recht von Einzelnen - in der Sprache der Menschenrechte «verletzbaren Individuen» - formuliert?

Die Vision einer «sozial gerechten Gesellschaft», die der Sozialcharta zugrunde gelegt werden kann, sei hier nur in sehr knappen Zügen formuliert. Sie ist eine Gesellschaft, in welcher jedes Mitglied

- das Erforderliche erhält, um seine existenziellen biologischen, psychischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen;
- das, was es braucht, um seine legitimen Wünsche (d.h. Wünsche und Ziele, die nicht auf Kosten der Bedürfnisseeinschränkung anderer Menschen befriedigt werden) zu befriedigen, durch sozial wertvolle Arbeit (Leistung) erwerben kann. In einer modernen Gesellschaft heisst dies, eine Arbeit zu haben, die so bezahlt wird, dass man davon bedürfnisgerecht leben kann;
- seine Verpflichtungen gegenüber der Familie, Abhängigen (Kindern, Kranken, Betagten, Menschen mit Behinderungen), dem Arbeitsplatz und sozialen Umfeld erfüllt, wobei diese Pflichten unter Erwachsenen und Jugendlichen aufgrund gegenseitiger, fairer Vereinbarungen übernommen werden.

Experten der Finanzwirtschaft weisen daraufhin, dass im Jahr 2012 die elektronischen Zahlungen die enorme Summe von circa 100'000 Milliarden

Schweizer Franken erreicht haben. Mit einer Steuer von nur 0,2 % auf jede Transaktion könnte die Schweiz 200 Milliarden Franken, ungefähr ein Drittel des Schweizer Bruttoinlandproduktes einnehmen. Dieser Betrag liegt über der Summe aller in der Schweiz erhobenen Steuern von rund 170 Milliarden Franken. So könnte sie wie die meisten anderen Länder durch eine automatische Steuer von 0,2 % auf sämtlichen elektronischen Zahlungen auf weitere Steuereinnahmen verzichten. Würde dies zu einem – an sich zu begrüßenden – Rückgang der Anzahl Transaktionen führen, müsste die Steuer vielleicht auf 0,5 oder 1 % erhöht werden. Damit wären aber auch die finanziellen Ansprüche, die sich aus der Ratifizierung der Sozialcharta ergeben würden, finanzierbar, und entsprechend könnte ein gewichtiges Gegenargument entkräftet werden.

Eine interdisziplinäre Gruppe von Wissenschaftern machte im Zusammenhang mit der Revision der Bundesverfassung (angenommen am 18.4.1999) auf das oben dargestellte menschenrechtliche Problem des korporativen Eigentums und der damit einhergehenden Machtballung aufmerksam. So sei in zentralen Bereichen der Wirtschaft die Legitimation des individuellen Privateigentums als Basis für freiheitliche, individuelle und gemeinschaftliche Betätigung und freies Unternehmertum ausgehebelt worden. Der Vorstoss war chancenlos. Umsomehr wäre es sinnvoll, sich wieder einmal die historischen Formulierungen zum Thema zu vergegenwärtigen: In der Französischen Erklärung der Menschenrechte von 1789 heisst es: «Die Menschen sind und bleiben von Geburt frei und gleich an Rechten. Soziale Unterschiede dürfen nur im allgemeinen Nutzen begründet sein.» (Art. 1) Es geht also nicht um einen blinden Egalitarismus. Und Olympe de Gouges formuliert zwei Jahre später in ihrer «Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin» von 1791, die ihr den Tod am Schaffott einbrachte: «Freiheit und Gerechtigkeit bestehen darin, den anderen das zurückzugeben, was ihnen zusteht. ... « (Art. 4). Hier wird die Einlösung von Sozialrechten zur Bedingung von Freiheit, auch für «Freiheit im Alter» müsste man hinzufügen.

Wie lebe ich linke Werte im Alltag der Rechtssprechung?

Einer der Grundwerte der Rechtsprechung ist die unbedingte Gleichbehandlung aller am Verfahren Beteiligter. Der Grundsatz, dass vor dem Gesetz alle gleich sind, darf keine blosse Floskel sein. Zu entscheiden ist nach der geltenden Rechtsordnung und den in ihr enthaltenen Wertvorstellungen, ohne Berücksichtigung der Herkunft und kulturellen Prägungen der Prozessbeteiligten, unabhängig von Bildung und Stand. Dabei braucht es für unsere Arbeit nicht nur juristisches Fachwissen und persönliches Engagement, sondern auch menschliches Gespür, Zurückhaltung und die Bereitschaft über das eigene Verhalten immer wieder nachzudenken. Das bedeutet auch, dass Respekt eine grosse Rolle spielt; der respektvolle Umgang mit Andersdenkenden, mit Menschen in Ausnahmesituationen und vor allem auch der sorgfältige Umgang mit der Macht, die das Gesetz uns Richterinnen und Richtern gibt, sind wichtige Grundpfeiler unserer Arbeit. Und: je länger je mehr braucht es Mut, Entscheide nach Recht und Gesetz zu fällen, auch wenn breite Teile der Bevölkerung diese nicht immer als richtig oder sachgerecht empfinden.

Marie Schurr

4. MACHIAVELLI REGIERT - UM DER POLITISCHEN SACHE ZU DIENEN, ETHISCHE SPUREN VERLASSEN?

Moritz Leuenberger

An welche Werte wir auch immer glauben - an liberale, nationalkonservative oder sozialdemokratische - sobald wir in einer Regierung Verantwortung übernehmen, stellen wir die Interessen des Staates über diejenigen der zuvor vertretenen Moral, wenn diese, einmal in der Exekutive, von früheren Überzeugungen abwichen. Basismitglieder aller Parteien halten dies ihren Mitgliedern immer wieder als Gesinnungswandel vor. In Wirklichkeit ist es ein Wandel, der durch die neue Verantwortung bedingt ist, ganz im Sinne von Max Webers Unterscheidung zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik.

Niccolo Machiavelli riet seinem Fürsten, er müsse im Interesse des Staates Amoral in Kauf nehmen, er dürfe dazu weder die Lüge, den Gesetzesbruch noch Grausamkeit scheuen. Noch im Amt als Bundesrat wies ich diese Theorie empört weit von mir und schrieb gar ein Buch dagegen (Lüge, List und Leidenschaft - ein Plädoyer für die Politik).

Doch sehe ich dies heute aus der Distanz etwas anders.

Die Lüge

So empört die Lüge im öffentlichen Bereich als verwerflich verfolgt und gegeißelt wird, so akzeptiert ist sie - im Privaten wie in der Politik. Es gibt die schmeichelnde Lüge: «Sie sehen ja jünger aus als im Amt»; die schonende Lüge: «Wir haben uns in gegenseitigem Einvernehmen getrennt»; die Notlüge, welche Nachahmungstäter verhindern will: «Für die Geiseln ist kein Lösegeld erbracht worden.» Ich bezeichnete den Klimagipfel in Kopenhagen wider besseres Wissen als einen Erfolg. Dazu fühlte ich mich legitimiert, weil damals sonst das CO₂-Gesetz in der Schweiz gescheitert wäre. Ich identifizierte mich mit meinem politischen Ziel, das ich weit wichtiger empfand als die nicht ganz zutreffende Einschätzung der gescheiterten UNO-Veranstaltung. Deshalb frage ich mich heute, ob Tony Blair wirklich log, ob er also bewusst die Unwahrheit sagte, als er Massenvernichtungsmittel im Irak beschwor oder ob er nicht einer Identifikation mit seinem eigenen Sendungsbewusstsein erlag, die Welt retten zu müssen. Und ich frage mich manchmal:

Glaubt der Bundesrat wirklich, er könne mit der EU erfolgreich über die Personenfreizügigkeit verhandeln, oder verdrängt er da etwas, was er später als Unwahrheit erkennen wird?

Gesetze brechen

«Aber das Gesetz habe ich nie gebrochen!» Davon war ich lange überzeugt. Doch dann dachte ich kritisch nach, und so kam auch mir ein dunkler Fleck aus meiner regierungsrätlichen Vergangenheit in den Sinn:

Als ein Häftling auf Urlaub eine Pfadfinderin ermordete, erliess ich eine allgemeine Urlaubssperre. So erreichte ich einen politischen Zweck, nämlich die Beruhigung der medialen und politischen Empörung. Ich brach für diesen Zweck das Gesetz, denn ich war für diese Sperrung weder zuständig, noch gab es eine gesetzliche Grundlage.

Grausamkeiten

Können gar Grausamkeiten, die Machiavelli ausdrücklich immer wiederholt, in unseren Demokratien tatsächlich im Interesse des Staates legitim sein? Oder werden im Grunde genommen nicht selbst sie breiter akzeptiert, als wir wahrhaben wollen?

Folterungen durch die USA werden uns seit Jahren in Filmen gezeigt und sie werden vom Publikum mehr als nur gebilligt, sie werden herbeigesehnt. In Deutschland drohte ein Polizeioffizier einem Kindesentführer mit Folter, um das Versteck des vermeintlich noch lebenden Knaben zu finden. Das Gericht nahm von einer Strafe Umgang. So löste es einen ethischen Konflikt, den Machiavelli sehr viel eindeutiger beantwortet hätte: Folter rechtfertigt den guten Zweck, ihre Androhung ohnehin.

List

Die List ist als eine Staatskunst ohnehin akzeptiert. Als verwerflich gilt sie nur dann, wenn der angestrebte Zweck nicht geteilt wird. Der Politiker als «schlauer Fuchs» (Machiavelli) wird geachtet und bewundert. Die Fortuna wird von ihm auch heu-

te beim Schopf gepackt, wie es Machiavelli bildlich beschreibt. So habe ich die heftig bekämpfte Verkehrsführung für Lastwagen («Tropfenzähler-system») am Gotthard bewusst unmittelbar nach dem schweren Unfall 2001 eingeführt. Das wurde mir zwar als zynisch angelastet, aber im Moment des Schocks nach dem Unfall wagte niemand den Widerstand, und die Massnahme, eine gute Massnahme, wie ich heute noch glaube, konnte durchgesetzt werden.

Machiavelli hat die List, die Lüge oder gar die Grausamkeit nicht etwa als ethisch gute Taten gepriesen. Er hat auch nicht die Meinung vertreten, Moral spiele in der Politik keine wichtige Rolle. Er hat hingegen den guten Zweck im Interesse des Staates über moralische Regeln des Zeitgeistes gestellt. Es sind, so seine Meinung, diejenigen Mittel die besten, welche für den Staat den gewünschten Erfolg sichern. Daran hat sich für Regierungsvertreter, welcher Partei sie auch immer angehören, bis heute nichts geändert.

Falls eine Unwahrheit im Interessen der staatlichen Sache geboten ist, wird sie auch akzeptiert. Im Januar 2015 gab die Schweizerische Nationalbank die Bindung des Frankens an den Euro auf. Obwohl sie seit Wochen die Entbindung vorbereitete, verteidigte sie noch zwei Tage zuvor öffentlich und mit Überzeugung den Mindestkurs. Das war eine klare Lüge. Der Nationalbankpräsident rechtfertigte sich: «Die Kommunikation eines solchen Ausstiegs ist eine sehr delikate Angelegenheit. Würde man offen kommunizieren, käme es zu spekulativen Attacken auf den Mindestkurs.»

Das entspricht genau der Überzeugung Machiavellis: Er hielt die Moral, also die sittliche Norm, zwar sehr hoch. Aber er stellte die öffentliche Sache über sie.

Wie lebe ich linke Werte im Alltag?

Ich bin mit einem starken sozialen Bewusstsein aufgewachsen. In meiner Familie sagte man immer, meine Heimat ist die Sozialdemokratie. Gerechtigkeit war unser höchster Wert. So habe ich mich ein ganzes Leben lang engagiert. Kümmerte mich um Kollegen und Bekannte, die mich brauchten. Aber ich leistete auch ein jahrelanges Engagement für Menschen in andern Kulturen, dazu ein Jahr im Ausland im Internationalen Zivildienst. Ich protestierte gegen Atomkraft und mit den Frauen für den Frieden. Jetzt übernehme ich noch organisatorische Aufgaben für die SP und arbeite in Gremien mit.

Jenny Heeb

5. WICHTIGE WERTE IM ALTER - VERÄNDERN UND ENTWICKELN SICH WERTHALTUNGEN IM LAUF DES LEBENS?

Leni Altwegg

Ich bin bald im 93. Altersjahr – geistig abgesehen vom abnehmenden Gedächtnis – intakt, körperlich eingeschränkt durch ein Rückenleiden, verkalkte Arterien und Hörschwäche, materiell ungesorgt. Ich lebe komfortabel in einer Senioren-Residenz, weitgehend autonom, mit Bedienung nach Mass und kulturellen Angeboten, Anschlussmöglichkeiten und Bleiberecht – also unter optimalen Bedingungen. Das folgende schreibe ich aus meiner persönlichen Sicht, die aber auch Beobachtungen aus meiner Umgebung einschliesst.

Ich blicke zurück auf ein erfülltes Berufsleben – zuerst als medizinische Laborantin, dann als Pfarrerin – ohne eigene Familie, aber mit einem grossen Kreis näherer und fernerer Bekannter und FreundInnen. Und der Blick vorwärts? Die Zeiger stehen auf Abnahme, Verzicht. Lange wird es nicht mehr dauern, und ich möchte es auch nicht. Ich habe gelebt, ich bin gesättigt und zufrieden. Die **Dankbarkeit** für das, was war, ist vielleicht der grösste und nachhaltigste Wert meiner Gegenwart. Dabei lebt der Rückblick nicht in erster Linie von dem, was ich geleistet habe, sondern von dem, was daraus wurde. Früher nannte man das Gnade. Ich fühle mich beschenkt, gut (gütig) geführt und aufgehoben. In Bezug auf mein baldiges Ende stimmt mich das zuversichtlich – trotz noch ungewissem Ausgang. Ich glaube nicht an ein «ewiges Leben» im Sinne einer Fortsetzung des bisherigen – das wäre eher eine Schreck-Vorstellung. Was nach dem Tode sein wird, überlasse ich gerne der Führung, die mein Dasein bestimmte.

Aber was fange ich an mit der Zeit, die mir noch bleibt? Die abnehmenden Möglichkeiten zwingen mich zu einer Auswahl der Werte, die ich noch pflegen kann. Nur wird der Einfluss, den ich selber darauf nehmen kann, immer kleiner. Mehr und mehr muss ich mich den Möglichkeiten anpassen lernen, mich begnügen. Dabei ist mein wichtigster Wert der Humor. Wenn ich nicht mehr lachen kann, möchte ich nicht mehr leben. Humor ist aber mehr als Lachen. **Humor** gibt eine gewisse nachsichtige Distanz zu den Dingen, vor allem zu sich selbst, zur eigenen Wichtigkeit. Das löst Spannungen, schafft

eine heitere Atmosphäre. Humor hilft über viele Defizite hinweg, vor allem über Ungeschicklichkeiten, Fehlleistungen und manchmal sogar über herablassende Reaktionen der Umwelt darauf. Er hilft mir auch, die fortschreitende **Langsamkeit** als vorwiegend positiven Faktor zu werten. Früher hatte ich doch für nichts so richtig Zeit, vor allem nicht zum Geniessen. Noch jetzt kämpfe ich oft vergeblich gegen das vertrackte Pressieren an; aber dessen Folgen werden immer gravierender, sodass sich eine Entschleunigung aufdrängt. Abgesehen davon finde ich Langsamkeit ohnehin eine Tugend, die bei dem Zeitdruck, unter dem heute die ganze industrialisierte und digitalisierte Welt steht, dringendst gepflegt werden müsste, damit wir nicht unrettbar in einen Abgrund rasen. Wir Alten üben ja automatisch eine Bremswirkung aus auf alle die, die uns mitschleppen müssen. Machen wir doch aus der Not eine Tugend!

Auch das wäre ein Beitrag zu einer Atmosphäre, in der den Menschen wohl ist. Ich selber brauche Menschen um mich – nicht ständig, aber immer wieder. Vor allem brauche ich zugewandte Menschen, solche, die mir geistige Anregung geben – **Austausch**, Kommunikation. «Ein Mensch ist nur Mensch durch andere Menschen» heisst ein afrikanisches Sprichwort. Im Alter gilt das vielleicht noch mehr als in jungen Jahren, gerade weil es nicht mehr so selbstverständlich ist. Alte Leute gelten nicht mehr als «interessant», ihre Ansichten sind wenig gefragt. Viele ziehen sich deswegen schon zum vornherein zurück in ihr Schneckenhaus, werden einsam. Zu viele haben sich auch ihr ganzes (berufs-)tätiges Leben lang auf den engsten Kreis beschränkt – Familie, Arbeitsplatz, allenfalls ein paar Freunde. Das rächt sich, wenn Krankheit und Tod die Reihen lichten. Es wird mit dem Alter nicht einfacher, Kontakte zu knüpfen, das Bedürfnis nach Kommunikation aber wird manchmal umso grösser.

Ich vermute, hier müsste der zentrale Ansatzpunkt aller Arbeit mit Senioren sein: Hilfestellung für Gemeinschaftspflege auf allen möglichen Ebenen. Aber auch wir Betroffenen müssten bewusst an

uns selber arbeiten. Ich habe das Glück gehabt, dass mich mein Beruf als Pfarrerin gezwungen hat, auf andere zuzugehen und gleichzeitig meine eigene Persönlichkeit zu festigen. Das ist die wichtigste Voraussetzung für eine fruchtbare Kommunikation, und ich denke, eine Chance dafür bleibt im Alter, auch wenn es mühsamer wird und Ermutigung braucht. Aber es lohnt sich, auch mit hochaltrigen und sogar mit geistig sehr abgebauten Menschen!

Wesentliche Motivation für den Wunsch nach Austausch ist das **Dazugehören**-Wollen – zu einer oder mehreren kleineren oder grösseren Gemeinschaften irgend einer Art. Mitreden können, dabei sein, gehört werden, angenommen sein. Dieses Ur-Bedürfnis wird im Alter nicht kleiner – nur konzentrierter, weniger breit angelegt. Man könnte es auch Wunsch nach Heimat nennen. Dabei ist «Heimat» weniger an einen Ort gebunden als an vertraute Menschen, ein Stück weit auch an vertraute Dinge. Ein bei abnehmenden Kräften notwendig werdender Ortswechsel kann weitgehend abgefedert werden, wenn das Beziehungsgeflecht funktioniert. Ich muss das Gefühl haben können, irgendwie noch gebraucht zu werden, für etwas da zu sein; sonst hat das Leben keinen Sinn mehr.

Der elementare Wunsch nach Zugehörigkeit steht

dem viel geäusserten nach **Selbstständigkeit**, Unabhängigkeit, Freiheit keineswegs entgegen. Die Grenzen von Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten verengen sich zwar; aber sie müssen verhandelbar bleiben. Wichtig ist vor allem, dass jede(r) sich frühzeitig überlegt, wie und wo er/sie seine/ihre alten Tage verbringen möchte, entsprechende Dispositionen trifft, unterschreibt und hinterlegt. Dafür gibt es genügend Einrichtungen und Hilfestellungen. Für den Fall, dass ein plötzliches Ereignis meine Entscheidungsmöglichkeit einschränkt oder ausschliesst, sind die Vollstrecker an meinen schriftlich festgelegten Willen gebunden. Meistens dauert der Abbau-Prozess aber eine gewisse Zeit, und diese Zeit sollte nicht der Verdrängung des Unausweichlichen dienen, sondern der Information aller Beteiligten und dem Verhandeln von Lösungen. Das braucht Einfühlungsvermögen und manchmal sehr viel Geduld, besonders bei fortgeschrittener Demenz; aber es ist die einzige Möglichkeit, alle Beteiligten Ernst zu nehmen, und verursacht am wenigsten Traumata. (Mit-)Gefühl und Vernunft sind dabei gefragt. Die geistige Grundlage bleibt der Anfangs- und Kernsatz der «Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte»: «Alle Menschen sind frei geboren und gleich an Würde und Rechten.» Alle haben Vernunft und Gewissen und sollten untereinander im Sinne der Brüderlichkeit handeln.

Wie lebe ich linke Werte auch in der Familie?

Engagement, Konsum, Erziehung – es sind diese drei Ebenen, auf denen mein Alltag am stärksten sozialdemokratisch geprägt ist. So gilt mein politisches und zivilgesellschaftliches Engagement Anliegen, die zum Kernbestand sozialdemokratischer Politik gehören: Chancengleichheit in der Bildungspolitik; Familienpolitik im Dienst von mehr Gleichstellung; Integration durch Austausch und Begegnung. Meinen Konsum gestalte ich wo immer möglich fair, biologisch, regional und saisonal, denn ich bin davon überzeugt, dass unsere Kaufentscheidungen (ebenso wie unsere Entscheidungen, Dinge nicht zu kaufen) unseren womöglich grössten Beitrag zu einer besseren Welt ausmachen können. Und in der Erziehung meiner Kinder sind mir Werte wie Gleichheit, Gerechtigkeit, Freiheit und Verantwortung und ein davon geprägter Umgang mit den Menschen, denen sie begegnen, stets eine zentrale Richtschnur. Aus diesem Alltag auch möglichst oft Impulse in die Ausübung meines politischen Mandats zurückfliessen zu lassen, ist mir dabei ein wichtiges Anliegen.

Jean-Daniel Strub

6. GIBT ES UNTERSCHIEDE IN LINKEN WERTVORSTELLUNGEN ZWISCHEN MANN UND FRAU?

Linke Werte - aus Frauensicht

Marie-Louise Ries

Sorge um die Nächsten und um die Welt

Unterscheiden sich die Vorstellungen über das Wünschenswerte und Orientierungsvermittelnde (die Werthaltungen) bei Frauen und Männer in unserer heutigen Gesellschaft? Es scheint so, denn aus Umfragen erfahren wir, dass rund 84 % der Männer und 85 % der Frauen im Wertesystem geschlechtsspezifische Unterschiede erkennen.

Innerhalb der Frauenbewegung waren die Debatten heftig, ob die Diskriminierung durch Angleichung und Wetteifern mit männlichen Kompetenzen und Werten der richtige Weg sei. Oder ob eben gerade durch das Darstellen der spezifischen weiblichen Kompetenzen und Werte die Bereicherung geschieht. Yin und Yang als fließendes, ergänzendes Prinzip.

Auf diesem Prinzip der Wertbezüge, die sich gegenseitig bedingen, besteht bei uns immer noch die verbreitete gelebte Rollenteilung in der Familie.

Die abstrakten Begriffe aus dem Parteiprogramm «Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität» sind weder weiblich noch männlich, es sind die Werte, die alle teilen. Bricht man diese Worte jedoch auf eine alltagsnahe Handlungsebene herunter, so entstehen daraus Worte wie: Gleichberechtigung, Geschlechtergerechtigkeit ...

Und es taucht die Erinnerung auf, dass es lange Zeit brauchte, bis sie für Frauen ebenso gültig waren wie für Männer (Chancen im Beruf, Frauenstimmrecht, etc.). Aber auch, bis Frauen ein eigenes Verständnis hatten, wie sie ihre Rolle auch in der Berufswelt auf eigene Art leben wollten.

Ein Beispiel aus einem Führungskurs: Ein wichtiges weibliches Erleben von Führungsfrauen - «unterbrochen werden im Arbeitsablauf». Während die weiblichen Kaderfrauen berichten, wie oft am Vormittag sie erst spät an ihre eigentliche Arbeit gehen können, weil vordringliche menschliche Probleme anstehen, quasi unaufschiebbar vor der (immer

offenen) Türe stehen (z.B. ein Kind ist krank). Die Kadermänner hören verständnislos zu. Sie lassen sich nicht fremdbestimmt stören. Bei ihnen ist die Türe geschlossen, sie sind abgeschirmt durch die Sekretärin.

Ein anderes, sehr aktuelles Beispiel: In einer bekannten Reha-Station ist das Pflegepersonal angehalten, keine Beziehungen zu den Patienten aufzubauen und die notwendige Arbeit kurz und in sachbezogener Form zu gestalten. Am Feierabend, in der Freizeit findet dann am Krankenbett das statt, was für die Pflegerin nach dem Wertesystem ihres Berufs unentbehrlich ist - die Aufnahme und Gestaltung der Beziehung und die emotionale Anteilnahme am Genesungsprozess der Patientin.

Die Aufwertung der Care-Arbeit und damit auch der Werte, die diese prägen, gehört mit zu den Postulaten der SP-Frauen. Das meint die fürsorgliche Bezogenheit und Achtsamkeit, immer im Bewusstsein der wechselseitigen Abhängigkeit und menschlichen Bedürftigkeit. Care meint aber auch die «Sorge um die Welt» und stellt das Leben und seine Erhaltung in den Mittelpunkt. Care-Ethik in ihrem politischen Gehalt zu erkennen und anzuerkennen, trifft eine wichtige Werte-Dimension der Frauen.

In der gegenwärtigen Diskussion und Literatur trifft man auf Aussagen und Erfahrungen, dass es derzeit darum geht, im Alltag, in unserem Berufs- und politischen Leben mehr weibliche Werte zu integrieren - dies, obwohl Frauen ihren zugeschriebenen Werten eher ablehnend gegenüberstehen aus der Erfahrung, dass die Gesellschaft diesen nicht so viel Wert beimisst. In einer grossen internationalen Umfrage stimmen mehr als zwei Drittel der Befragten der Aussage zu: «Die Welt wäre besser, wenn Männer mehr wie Frauen denken würden».

Dalai Lama, zitiert aus seinem Buch «Der Weisheit des Herzens folgen»: «Will die Menschheit in Frieden leben, braucht sie die Liebe und das Mitgefühl, das Mütter ganz natürlich zum Ausdruck bringen.

Diese Qualitäten sind bei Frauen stärker ausgeprägt als bei Männern, daher ist es an der Zeit, dass weibliche Werte jene männlichen Werte ablösen, von denen die Gesellschaft seit Jahrtausenden beherrscht wird.»

Wenn auch viele Bekenntnisse zur Bedeutung der weiblichen Werte zu finden sind (vor allem auch in Manager-Zeitschriften), so zeigen doch die Zentren der Macht in Wirtschaft und Politik ein ganz anderes Bild. Die Beispiele, die wir zusammentragen, machen deutlich: Die Männer wollen mit Tun und Entschlusskraft etwas erreichen und ändern, die Frauen stellen die Beziehung ins Zentrum und ziehen zur Einflussnahme die emotionale Ebene bei.

Nachhaltigkeit ist ein wichtiger linker Wert. Zum Stichwort «Bewahrung der Schöpfung» denken wir uns die männliche Lösung im technisch Machbaren, die Gedanken der Frau gehen eher in Richtung Verzicht: Was kann ich beitragen, ändern?

Nach Einführung des Frauenstimmrechts waren die Augen auf jene Frauen gerichtet, die als erste in männlichen Räten Einsitz nahmen. War es möglich - nach einer kurzen Phase der tastenden Anpassung - einen weiblichen Stil zu entwickeln, eine Sicht mit weiblichen Werten einzubringen? Ist er auch heute wahrnehmbar?

Linke Werte - aus Männersicht

Markus Brandenberger

Haben Frauen andere linke Wertvorstellungen als Männer? Gibt es linke Werte, die - weil spezifisch weiblich - ich als Mann nicht teile, nicht teilen kann, ja gar nicht teilen darf? Die Frage im Titel irritierte mich, bis mir dämmerte, dass sich die Differenzen wohl nicht in Begriffen, sondern in Inhalten und Umgang manifestieren. Zwei Seiten einer Münze?

Ich will mich nicht erdreisten, Unterschiede zu analysieren und gar Ratschläge für die gegenseitige Ergänzung anzupreisen. Als Beitrag zur Diskussion beschränke ich mich darauf, ein paar als «typisch Mann» (mir auch an mir selbst) bekannte Verhaltens- und Argumentationsmuster zu beschreiben und zu befragen.

Tat – Solidarität

Florence Nightingale (1820-1910) und Henry Dunant (1828-1910) waren sich in vielen brennenden humanitären Fragen ihrer Zeit einig. Beide waren von Kriegserlebnissen geprägt - F. Nightingale vom Krimkrieg (1854) und H. Dunant von der Schlacht bei Solferino (1859). Sie zogen daraus aber ganz unterschiedliche Schlüsse. Auf Initiative von Dunant wurde 1863 das IKRK als private Hilfsorganisation gegründet mit dem Ziel, Kriegsoptionen Hilfe zu bringen. Nightingale lehnte dies vehement ab. Für sie unterstützte dieses Tun letztlich die Kriegstreiber und verlängerte Leid. Für Dunant war das nicht auszuhalten - er musste etwas tun. Solidarität zwischen Aktivismus und Aushalten?

Nie wieder Krieg - Gewaltlosigkeit oder gerechte Gewalt

«De Gschiider git naa, de Esel bliibt staa» - der Alltag beweist immer wieder, dass sich mit dieser Volksweisheit gut leben lässt. Aber gilt nicht auch, dass in der Politik und im Märchen das Gute letztlich das Böse besiegt, vernichtet? David hat Goliath nicht mit guten Worten und Gewaltlosigkeit sondern mit seiner Steinschleuder zu Fall gebracht. Angriff ist - auch wenn es um Gerechtigkeit geht - die beste Verteidigung. Wichtig ist, dass Regeln beachtet werden. (Ab wann) ist Gewalt gerecht und lässt sich Friede erzwingen?

Demokratie – Gerechtigkeit

In seiner Ansprache an die Teilnehmenden des Welttreffens der Sozialen Bewegungen stellte Papst Franziskus fest: «Für die Gesellschaft ist eine Zukunft nur vorstellbar, wenn die Mehrheit der Bevölkerung eine aktiv bestimmende Rolle spielt. Eine solche aktive Rolle geht über die logischen Verfahren einer formalen Demokratie weit hinaus.» (zitiert nach Neue Wege 9/2015). Wir Männer begnügen uns oft gerne mit Strukturen. Wenn die Regeln definiert, die Organisation gegliedert und MandatsträgerInnen bestimmt sind, wähen wir uns am oder mindestens nahe beim Ziel. Wir sehen uns als realistisch und flexibel - im Prinzip haben wir Gerechtigkeit erreicht und jetzt braucht es halt auch Raum für Sachzwänge und Kompromisse. Wie viele Kompromisse ertragen Demokratie und Gerechtigkeit?

Vertrauen - ist gut, Kontrolle ist besser (W.I. Lenin zugeschrieben)

Auch wir Männer wissen, wie wichtig es ist, sich auf Menschen und Maschinen verlassen zu können. Aber wir kennen auch ihre Unzulänglichkeiten. Dagegen haben wir Strategien entwickelt: Projekt-design, Planungssicherheit, Risikomanagement. Verzögerungen und Umwege sind ärgerlich und kosten. Tief drinnen ahnen wir so etwas wie Urvertrauen - es chunt scho guet - , aber ein Problem in den Griff zu kriegen war schon immer effizienter als es nur in die Hand zu nehmen und zu hoffen Können Planung und Kontrolle Vertrauen ersetzen und umgekehrt?

Technik – Nachhaltigkeit und Chancengleichheit sind machbar

Wir Männer sind nicht ohne Gefühle.

Wir spüren, dass etwas mit unserer Erde nicht in Ordnung ist und die Zwischenmenschlichkeit leidet. Als Antwort halten wir wissenschaftliche Erkenntnisse und technische Errungenschaften, die wir für wertneutral halten, bereit und sind fasziniert von den Möglichkeiten, die sie uns eröffnen. Grüne Motoren und weltweite Kommunikationsnetze schonen ohne Verzicht die Regenwälder und machen Bildung für alle zugänglich. Wir verfassen

Resolutionen, entwerfen Abmachungen und vergessen dabei gerne, dass Leben und Natur nicht nach den Gesetzen der Mechanik funktionieren und keine technische Vorkehrung die für den Menschen überlebenswichtige zwischenmenschliche Beziehung ersetzen kann. Welche Fragen müssen und wollen wir stellen, um näher an diese Lebensrealitäten zu kommen?

**Wie lebe ich linke Werte
im Alltag?**

Wichtig für mich ist eine sinnstiftende Arbeit die mir erlaubt, auch politisch und gesellschaftlich engagiert zu sein. Ich wünsche mir, Beruf, Kinderbetreuung und Haushalt mit einem Partner teilen zu können.

Beim Einkaufen sind für mich Bio-, Fairtrade und regionale Produkte wichtig und ich fände es gut, wenn alle, die sich das leisten können, dies tun würden. Bevor ich eine Reise antrete, überlege ich mir, ob ich mit dem Zug ans Ziel gelangen kann; ich vermeide so gut es geht das Fliegen.

In meinem Freundeskreis bin ich die Einzige, die einer Partei angehört. Meine Freundinnen und Freunde ermuntere ich, sich selber zu informieren und eine eigene Meinung zu bilden. In einer parteiinternen Diskussion ist es mir wichtig, dass alle Meinungen ernst genommen werden, egal ob sie von einem einfachen Mitglied oder von einem Mandatsträger stammen.

Ursina Egli

7. EINE INTERNETPOLITIK AUF DER BASIS SOZIALDEMOKRATISCHER WERTE - WIR GESTALTEN DAS DIGITALE ZEITALTER MIT

Edith Graf-Lischer

Das Internet hat die dritte technologische und vierte industrielle Revolution eingeläutet, die massive wirtschaftliche, technologische, politische und gesellschaftliche Umwälzungen zur Folge hat. Es ist mir ein wichtiges Anliegen, dass sich die SP rechtzeitig einbringt und wir das digitale Zeitalter nach unseren sozialdemokratischen Werten mitgestalten und nicht nur zwangsläufig umsetzen, was andere uns diktieren.

Ein Leben ohne Internet ist nicht mehr denkbar. Sowohl unser beruflicher als auch unser privater Alltag sind stark digitalisiert. Zwei Zahlen: Weltweit werden pro Minute 186 Millionen Mails verschickt und rund 700 000 Anfragen gestartet. Das Internet ist eine Chance, unsere Grundwerte zu stärken, zu vermitteln und zu gestalten. Es kann einen wichtigen Beitrag leisten zur Erreichung unseres Ziels: eine offene, demokratische und solidarische Gesellschaft, die alle integriert, niemanden diskriminiert und Wahlfreiheit ermöglicht.

Die Kernfrage lautet: Wie sieht eine Internetpolitik basierend auf unseren sozialdemokratischen Grundwerten wie Solidarität, Chancengerechtigkeit, Mitbestimmung, Service public oder Schutz der Grundrechte konkret aus?

Wie können wir die Menschenrechte auch im Internet etablieren bzw. verteidigen? Das Internet verändert auch die Arbeitswelt auf vielfältige Weise. Weiterbildung, Arbeitsbelastung, Erreichbarkeit, Kontrolle verändern sich schleichend, aber radikal. Hier braucht es zeitgemässe Spielregeln und politische Antworten.

Unser Ziel ist es, das Potenzial des Internets zu nutzen, ohne die Augen vor den Risiken zu verschliessen: Überwachung, Aufruf zu Hass und Gewalt in sozialen Medien, totalitäre Kontrolle jeder einzelnen Person und ganzer Gruppen durch Internet-Monopole, Zugriff und Weitergabe von Daten, immer grösserer Datentransfer, Energieverbrauch, Gesundheitsrisiken, Cybermobbing, Kinderpornographie etc. Diese Risiken gilt es frühzeitig zu erkennen und, wo nötig, regulierend einzugreifen. Dabei

gibt es natürlich gewisse Spannungsfelder wie das Folgende: Einerseits baut der Staat im Namen der Strafverfolgung bzw. der Sicherheit die Überwachung aus, andererseits soll er Grundrechte, Selbstbestimmung und persönliche Daten schützen.

Wir wollen das Internet in seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung wahrnehmen und wo nötig rechtzeitig politische Leitplanken setzen. Diese gesamtgesellschaftliche Sichtweise stellt die mit dem Internet verbundenen Chancen und Risiken in einen Zusammenhang mit der sozialen Frage, insbesondere auch mit der Bildung.

Wie jede Technologie birgt das Internet Chancen und Risiken. Wir betonen die Chancen, ohne die Risiken zu verneinen. Die Dynamik der Digitalisierung soll allen und nicht nur wenigen etwas bringen. Welche Rolle spielt der Mensch? Wie ist z.B. zukünftig das Einkommen zu regeln? Was passiert mit unsern Daten und Spuren, die wir hinterlassen? Welche Regeln und Standards brauchen wir, um unsere Privatsphäre zu retten? Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind wir aufgefordert, das digitale Zeitalter mit unseren Grundwerten aktiv mitzugestalten. Die SP sieht das Internet als Service public und setzt sich dafür ein, dass eine digitale Spaltung in der Schweiz verhindert wird.

Rund ein Jahr arbeitete eine ExpertInnengruppe bestehend aus Hanna Muralt-Müller, Leo Keller, Andreas Von Gunten, Fredy Künzler, Hannes Gasser und Martin Grosjean mit Unterstützung unserer wissenschaftlichen Mitarbeiterin Chantal Gahlinger am Positionspapier. Fristgerecht konnte es den Delegierten an der DV der SP Schweiz am 5. Dezember 2015 vorgelegt werden.

Das Papier stiess auf grosses Interesse. 29 Anträge wurden eingereicht und in konstruktiver Diskussion an der Delegiertenversammlung diskutiert und verabschiedet. Ein Auszug unserer Forderungen:

Das Internet muss als Service public demokratisch legitimiert weiterentwickelt werden. Rassismus, Homophobie, Diskriminierung oder Sexismus im

Internet müssen geahndet werden, notwendige Gesetzesanpassungen sind vorzunehmen. Die Netzneutralität ist sicher zu stellen.

Die SP steht dafür ein, dass qualitative journalistische Medien gerade auch im digitalen Zeitalter und dank des Internets ihre für eine Demokratie zentrale Rolle wahrnehmen können. Es ist an ihnen, die Informationsströme zu kanalisieren, in einen sozialen, gesellschaftlichen, politischen und historischen Kontext zu stellen und Relevantes von nicht Relevantem zu unterscheiden.

Weiteres Vorgehen:

Die Forderungen werden nun in die anstehenden Gesetzesrevisionen z.B. Fernmeldegesetz, Urheberrechts- und Datenschutzgesetz, sowie in politische Vorträge einfließen. Jetzt müssen die Weichen in die richtige Stellung gebracht werden, damit nicht nur einzelne profitieren.

Link zum vollständigen Internetpapier:

<http://www.sp-ps.ch/de/themen/verkehr-und-service-public>

Wie lebe ich linke Werte im Alltag?

Ich kaufe immer in unseren Genossenschaften COOP und Migros ein, nie bei ALDI und LIDL. Ich schätze beim Einkaufen Sachen aus der Nähe, natürliches und schaue, dass ich nichts Unnützes nach Hause trage. Ich interessiere mich sehr, was im öffentlichen Raum geschieht, verfolge die Politik aufmerksam und kritisch und mache in anregenden SP-Gruppen mit. Ich schätze es gar nicht, wenn es überall immer nur um Profit geht. Dafür werbe ich auch für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Das Geld muss für alle da sein. Im Alter ist der frühere Kampfgeist etwas verpufft. Ich muss ertragen, dass die eigene Welt immer kleiner wird.

Rosmarie Flüeler

8. ... TUN WIR DAS SINNVOLLE

Daniel Frei

Selbstbestimmung und Selbstverantwortung – Versuch einer Abgrenzung

«Die Selbstbestimmung ist eine der menschlichen Triebfedern, sie kommt immer und überall vor, individuell und kollektiv, national und international.» Diese Aussage eines Professors aus meiner Studienzeit ist mir in fester Erinnerung geblieben. Und tatsächlich: Das Streben nach Selbstbestimmung ist auf verschiedenen Ebenen festzustellen. Es trifft auf Nationen und Volksgruppen genauso zu wie auf uns als einzelne Individuen oder auf unsere moderne und liberale Gesellschaft als Ganzes. Wenn die Katalaninnen und Katalanen unabhängig werden wollen, wenn die ungarische Regierung keine Flüchtlinge aufnehmen will, wenn wir die Gleichberechtigung von Frau und Mann wollen, wenn die ältere Seniorin möglichst lange in den «eigenen vier Wänden» und nicht in einem Alters- und Pflegeheim wohnen will – es geht immer um Selbstbestimmung.

Selbstbestimmung ist letztlich also Freiheit. Die Freiheit, das zu tun, was man selbst will und was man als richtig erachtet. Es handelt sich dabei um eine positive Freiheit, eine Freiheit zu etwas – dies im Gegensatz zur weitaus schwächeren negativen Freiheit, die eine Freiheit ohne etwas meint, also beispielsweise keinen Zwang, keine Unterdrückung. Mit der (positiven) Freiheit verhält es sich so, wie es Willy Brandt formuliert hat: «Freiheit ist nicht alles, aber ohne Freiheit ist alles nichts.»

Doch Selbstbestimmung und Freiheit – so hoch sie als Werte anzustreben sind – stehen nicht für sich allein und können nicht absolut gelten. Ganz im Sinne von Checks and Balances braucht es auch bei Werten Grenzen und Gegenpole – sonst kann Selbstbestimmung in Rücksichtslosigkeit, Egozentrismus und Unverantwortlichkeit münden und damit die Selbstbestimmung und Freiheit von anderen einschränken oder verunmöglichen. Werte sind daher wie eine Medaille; sie haben und brauchen eine Kehrseite. Vollwertig sind sie erst mit zwei Seiten.

Die Kehrseite der Selbstbestimmung ist die Selbstverantwortung. Konkret heisst dies: Für das, was man tut, ist man auch verantwortlich. Mit der Aus-

übung der eigenen Selbstbestimmung darf nicht die Selbstbestimmung der anderen eingeschränkt werden. Oder auf die Freiheit bezogen: Meine Freiheit endet da, wo die Freiheit des anderen beginnt. Die Kehrseite der Freiheit ist die Solidarität. Solidarität meint, sich mit dem oder den anderen auseinander zu setzen, nicht nur auf sich selbst bezogen und zum eigenen Vorteil zu handeln, gemeinsam Verantwortung wahrzunehmen – und eben auch einmal die eigene Freiheit zugunsten derer einzusetzen, die ihre Freiheit selber nicht wahrnehmen können. Jeanne Hersch hat dazu kurz und bündig festgehalten: «Es gibt keine Freiheit ohne Verantwortung.»

Wenn Selbstbestimmung und Selbstverantwortung sowie Freiheit und Solidarität im politischen und persönlichen Handeln so verstanden und gelebt werden – dann kann das entstehen, was wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten als Gerechtigkeit verstehen: Eine gerechte Ordnung für alle und nicht nur für wenige. Selbstbestimmung und Freiheit sind dann Rechte; Selbstverantwortung und Solidarität sind die dazugehörigen Pflichten. Beides ist die Bedingung für Gerechtigkeit.

Jede Theorie ist nur so wirksam, wie sie sich in die Praxis umsetzen lässt. Selbstverständlich dürfen sich diese Wertvorstellungen nicht nur auf Parteiprogramme, Sonntagspredigten, 1. Mai- und 1. August-Reden beschränken, sondern sie müssen sich in der Alltagspolitik zeigen und bewähren. Sie müssen für die Menschen spürbar sein. Frei nach Jeanne Hersch geht es nicht darum, das zu tun, was Spass macht, sondern das zu tun, was Sinn macht. Und genau das ist die Aufgabe von (sozialdemokratischer) Politik.

LITERATUR

Chesnais, Marc, Vom grossen Krieg zur permanenten Krise, Versus Verlag, Zürich, 2014

Haug, Frigga, Die Vier-in-einem-Politik von Frauen für eine neue Linke, Argument Verlag, 2. Auflage, 2009

Honneth, Axel, Die Idee des Sozialismus – Versuch einer Aktualisierung, Suhrkamp Verlag, Berlin, 2015

Leuenberger, Moritz, Lüge, List und Leidenschaft, Limmat Verlag, 2007

Spieler, Willy / Howald, Stefan / Moser-Brassel, Ruedi, Für die Freiheit des Wortes, TVZ, Theol. Verlag, Zürich, 2009

Neue Wege durch ein Jahrhundert im Spiegel der Zeitschrift des religiösen Sozialismus
Internetpapier der SP Schweiz: <http://www.sp-ps.ch/de/themen/verkehr-und-service-public>

Positionspapier der Geschlechterkommission der SP Zürich: Für eine fortschrittliche Geschlechterpolitik
www.spzuerich.ch

AUTORINNEN UND AUTOREN

Leni Alwegg

reformierte Pfarrerin und Mitglied der religiös-sozialistischen Vereinigung

Markus Brandenberger

Vorstandsmitglied SP60+ und Mitglied des Ausschusses der Arbeitsgemeinschaft Alter des SP Kanton Zürich, ehem. SP-Kantonsrat und Präsident der Behindertenkonferenz Kanton Zürich

Daniel Frei

Präsident der SP Kanton Zürich, SP Kantonsrat, Gemeinderat in Niederhasli
Politikwissenschaftler

Edith Graf-Lischer

SP Nationalrätin Kanton Thurgau, Präsidentin Thurgauer Gewerkschaftsbund,
Gewerkschaftssekretärin des Verkehrspersonals (SEV)

Daniel Jositsch

SP Ständerat Kanton Zürich, Professor für Strafrecht, Präsident des Kaufmännischen Verbands (KV) Schweiz

Moritz Leuenberger

ehem. SP Gemeinderat, Nationalrat, Regierungsrat im Kanton Zürich, Bundesrat

Marie-Louise Ries

Arbeitspsychologin, Laufbahnberaterin und Mitglied des Ausschusses der Arbeitsgemeinschaft Alter der SP des Kantons Zürich

Silvia Staub-Bernasconi

emer. Professorin der Technischen Universität Berlin, Fach „Soziale Arbeit und Menschenrechte“

REDAKTION

Marianne de Mestral, Männedorf
Jenny Heeb, Zürich
Marie-Louise Ries, Zürich

IMPRESSUM

Arbeitsgemeinschaft Alter der SP des Kantons Zürich (neu SP60+ Kanton Zürich)
Gartenhofstrasse 15, 8004 Zürich, Tel. 044 540 10 00, spkanton@spzuerich.ch
www.ag-alter.ch

NOTIZEN



Sozialdemokratische Partei
Kanton Zürich

Gartenhofstrasse 15

8004 Zürich

Telefon 044 578 10 00

www.spzuerich.ch

© 2016 SP Kanton Zürich